



#dieschmidt

der newsletter

13.12.2019

**Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,**

der Bundesparteitag der SPD am vergangenen Wochenende steht vor allem für eines: für einen programmatischen Aufbruch. Ich freue mich sehr, dass das bereits im Januar vom Parteivorstand vorgelegte Sozialstaatspapier verabschiedet wurde. Dieses Sozialstaatskonzept ist Herzstück der neuen Sozialpolitik der SPD. Deren Grundsätze sind Solidarität, Zusammenhalt, Menschlichkeit. Mehr Chancen, mehr Sicherheit und mehr Gerechtigkeit mit einem Sozialstaat als verlässlichen Partner. Das steht für die SPD im Mittelpunkt. Wir wollen ein Bürgergeld einführen und uns von Hartz IV verabschieden. Wir wollen das Recht auf Arbeit einführen. Wir wollen allen Teilhabe und Arbeit ermöglichen. Wer arbeiten möchte, dem wollen wir das als Gesellschaft ermöglichen. Statt die Einzelnen zu Alleinverantwortlichen für ihre Arbeitslosigkeit zu machen, sehen wir die Gemeinschaft in der Verantwortung dafür zu sorgen, dass alle gut in Deutschland leben und arbeiten können. Dabei geht es darum die Rahmenbedingungen für gute Arbeit zu schaffen: Mit einem Recht auf Weiterbildung, mit guten Tarifverträgen und einem deutlich höheren Mindestlohn. Und mit Arbeit, die zum Leben passt, zum Beispiel mit einem Recht auf HomeOffice und auf Nichterreichbarkeit. Aber auch mit der Einführung einer Kindergrundsicherung ([mehr dazu hier](#)), damit kein Kind in Deutschland in Armut aufwachsen muss und niemand wegen seiner Kinder arm wird.



Ich freue mich, dass ich erneut in den Parteivorstand gewählt wurde und meine Arbeit dort auch in den nächsten zwei Jahren weiterführen kann.

Wir konnten heute Verbesserungen für alle pflichtversicherten Betriebsrentnerinnen und Betriebsrentner bei den Krankenkassenbeiträgen erreichen. Mit dem ab Januar 2020 geltenden Freibetrag entlasten wir Betriebsrenten um bis zu 300 Euro jährlich. Noch vor einem Jahr war es undenkbar, dass wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten dazu etwas in der Koalition erreichen. Jetzt haben wir einen Erfolg erzielt, der für mindestens 60 Prozent aller Betriebsrenten die Beiträge zur Krankenversicherung um die Hälfte reduziert. [Mehr dazu gibt es hier.](#)

Mit dem Newsletter nächsten Freitag endet das Sitzungsjahr 2019. Es war ein spannendes Jahr mit vielen politischen Erfolgen und interessanten Terminen. Ich freue mich auch 2020 auf spannende Termine im Wahlkreis mit Ortsvereinen, Schulklassen, Sozialverbänden und heimischen Betrieben. Die Terminplanung übernimmt weiterhin meine Mitarbeiterin Cirsten Kunz (erreichbar unter dagmar.schmidt.ma03@bundestag.de oder 06441 209 25 22). Um die Terminfindung zu erleichtern, möchte ich hier noch einmal auf die Sitzungskalender des Bundestages hinweisen. Es gibt sie digital unter www.bundestag.de/sitzungskalender. Wer lieber einen Papierkalender möchte, kann sich unter dagmar.schmidt@bundestag.de oder 06441 209 25 25 an mein Wahlkreisbüro wenden.

Mit solidarischen Grüßen

Dagmar Schmidt, MdB

Meisterpflicht wieder eingeführt



Mit der heute im Bundestag beschlossenen Änderung der Handwerksordnung und anderer handwerksrechtlicher Vorschriften, führen wir in vielen Berufen die 2004 abgeschaffte Meisterpflicht wieder ein. Denn viele Berufsbilder haben sich seitdem stark verändert und die Anforderungen an Sicherheit und Gesundheitsschutz sind gestiegen. Durch bessere Ausbildung wollen wir mehr Qualität für die Kundschaft und mehr Nachwuchs im Handwerk erreichen. Dies ist ein wichtiger Schritt zur Bekämpfung des Fachkräftemangels. Unter großer Beteiligung des Zentralverbands des Deutschen Handwerks und der Gewerkschaften haben wir diese Gesetzesänderung erarbeitet. Wir sind davon überzeugt, dass der Meisterbrief im deutschen Handwerk die beste Garantie für Qualitätsarbeit, Verbraucherschutz, Leistungsfähigkeit und Innovationskraft ist.

Internationale Steuervermeidung verhindern



Durch Aktivitäten, die beschönigend als „Steuroptimierung“ und „grenzüberschreitende Steuergestaltung“ beschrieben werden, bereichern sich Einzelne auf Kosten der Gemeinschaft. Der Bund und die Länder verlieren dadurch Steuereinnahmen, die dringend für Zukunftsinvestitionen gebraucht werden. Das Ausmaß, in dem das betrieben wird, haben die „Panama Papers“ zuletzt eindrücklich gezeigt. Um bestehende Schlupflöcher zu stopfen und Regelungslücken zu schließen, haben wir heute ein Gesetz beschlossen, das für Transparenz bei Gewinnverlagerungen in andere Staaten sorgt und so die Behörden in die Lage versetzt, noch effektiver gegen Steuertricks vorzugehen. Es kann nicht sein, dass sich große Unternehmen steuerlich kleinrechnen oder durch Verlagerung ihres Unternehmenssitzes Steuern vermeiden, während lokale Handwerksbetriebe, die Industrie und Beschäftigte ehrlich ihren Beitrag leisten. Alle müssen sich an geltende Regeln halten und ihren Teil beitragen, das ist die Grundlage einer solidarischen Gesellschaft.

Aufstiegs-BAföG verbessert



Wir reformieren das Aufstiegs-BAföG. Damit unterstützen wir all diejenigen, die eine Aufstiegsfortbildung wahrnehmen möchten. Wir erhöhen die Zuschüsse zu Prüfungs- und Lehrgangskosten und übernehmen die Unterhaltskosten komplett während einer Vollzeitmaßnahme. Damit bringen wir die Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Ausbildung voran und verbessern die Aufstiegschancen vieler Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Dies haben wir als SPD lange gefordert und setzen es jetzt um. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist vor allem der im Gesetz vorgesehene Vollzuschuss wichtig, da er insbesondere Frauen hilft, die häufiger eine Aufstiegsfortbildung in Vollzeit absolvieren. Das gilt besonders für die sozialen Berufe. Die staatlich anerkannte Erzieherin ist auf Platz 1 der durch das Aufstiegs-BAföG geförderten Berufe. Für Alleinerziehende passen wir den pauschalen Kinderbetreuungszuschlag an: Zukünftig erhalten sie 150 Euro statt wie bisher 130 Euro für jedes Kinder unter 14 Jahre (statt bisher 10 Jahre). Das erleichtert die Vereinbarkeit von Familie und Aufstiegsfortbildung.

Wohnungslosigkeit erfassen



Wohnungslosigkeit gehört zu den bedrückendsten Formen von Armut. Sie führt nicht nur zu sozialer Ausgrenzung, sondern bringt die betroffenen Menschen insgesamt in eine für sie katastrophale Lage. Wir müssen Wohnungslosigkeit mit allen geeigneten Maßnahmen begegnen. Bund, Länder und Kommunen sind hier gefordert. Bislang stehen jedoch keine verlässlichen Daten und Statistiken darüber zur Verfügung, wie viele Menschen tatsächlich von Wohnungslosigkeit betroffen sind. Dies soll sich ändern. Deswegen haben wir heute ein Gesetz in den Bundestag eingebracht, mit dem wir eine Wohnungslosenstatistik einführen. Damit schaffen wir erstmals eine solide Datengrundlage zur Wohnungslosigkeit in Deutschland und kommen einer langjährigen Forderung sozialpolitischer Verbände und der Länder nach. Auch die Caritas Wetzlar/Lahn-Dill-Eder, die unter anderem das Caritashaus in Wetzlar betreibt, hatte dies zuletzt im September in der Lokalpresse gefordert. Eine aussagefähige Statistik soll dazu beitragen, um vor Ort passende Maßnahmen und Präventionsprogramme zur Vermeidung und Bewältigung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit auf den Weg bringen zu können.

Thomas Cook Reisende entschädigen



Die Thomas Cook-Pleite betrifft viele Menschen, die nicht vermögend sind und die zum Teil lange auf die Reise gespart haben. Durch die Insolvenz der Thomas Cook können tausende Kundinnen und Kunden nicht nur ihre gebuchte Reise nicht antreten, sie erhalten aktuell auch nur rund zehn Prozent des bereits bezahlten Reisepreises zurück. Wir werden sie komplett aus Bundesmitteln entschädigen und ihre Forderungen gegen Insolvenzverwalter und Versicherung durchsetzen. Dann müssen die Kundinnen und Kunden von Thomas Cook nicht in langwierigen Rechtsverfahren ihr Recht erkämpfen. Das hat die SPD in der Koalition durchgesetzt und das wurde so am Mittwoch vom Bundeskabinett beschlossen. Um Reisende auch zukünftig zu schützen, werden wir einen Fonds gründen, in den die Reisebranche einzahlen muss. Damit sorgen wir für Sicherheit für die Reisenden ohne die Steuerzahlerin oder den Steuerzahler zu belasten.